

Wahlprogramm AfD 2021

Zusammenfassende Einschätzung

Mit radikaleren politischen Zielsetzungen und gleichzeitiger Unbestimmtheit vollzieht die AfD unter dem Slogan „Deutschland. Aber normal.“ einen spürbaren Rechtsruck im Vergleich zu den Vorjahren. Sie bedient sich dabei in ihrem Wahlprogramm am Repertoire von Verschwörungstheoretikern und sympathisiert mit autoritären Regimen. Die Sinnhaftigkeit einer Maske zur Pandemie-Bekämpfung wird ebenso geleugnet wie die negativen Effekte der globalen Erwärmung. Grenzzäune à la Donald Trump, ein Einwanderungsstopp auch von Fachkräften und der Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union: Die wirtschaftspolitischen Akzente, welche die AfD im Wahlprogramm setzt, hätten spürbar negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Betriebe.

Die Radikalität wird insbesondere im Bereich der Europapolitik deutlich. In den Augen der AfD ist die Europäische Union ebenso überflüssig wie der Euro. Eine Rückführung von Zuständigkeiten zu den Nationalstaaten sowie die Wiedereinführung nationaler Währungen seien daher unausweichlich. Der mühsame Umtausch der wiedereingeführten D-Mark beim Urlaub in den Nachbarländern dürfte dabei kaum zur von der AfD herbeigesehnten Normalität beitragen. Das Hinterfragen der Kompetenzverteilung zwischen den Europäischen Institutionen und den Nationalstaaten ist angesichts der Diskussion um EU-Steuern und der gemeinsamen Kreditaufnahme der EU von großer Bedeutung. Das Resultat dieser kritischen Auseinandersetzung kann jedoch nicht die vollständige Abkehr von der Europäischen Union sein. Die von der AfD geforderten geschlossenen Grenzen und der Ausstieg aus dem EU-Binnenmarkt bedeuten am Ende lange Staus, Kontrollen und erhebliche Verluste der ohnehin von der Corona-Krise gebeutelten deutschen Betriebe. Angesichts der weltweit verflochtenen Lieferketten ist die Abkehr der AfD von der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit besorgniserregend. Zwar erkennt sie die USA als wichtigen Bündnispartner in der Sicherheitspolitik an, spricht sich bezüglich der wirtschaftspolitischen Kooperation jedoch hauptsächlich für eine Zusammenarbeit mit autoritären Regimen aus. So sollen EU-Sanktionen gegen Russland aufgehoben und die Wirtschaftsbeziehungen ausgebaut werden.

Mit Desinteresse für die großen Herausforderungen vieler Unternehmerinnen und Unternehmer fährt die AfD in ihrem Kapitel zur Wirtschaftspolitik fort. So beschreibt sie den Fachkräftemangel als Erfindung einiger Wirtschaftsverbände und Lobbyisten. Angesichts dieser Fehlinterpretation der Probleme ist es schwer Ansätze für Lösungen zu finden. Die Forderung nach einer Migrationspolitik nach japanischem Vorbild käme dabei einem generellen Zuwanderungsstopp gleich und dürfte die Gewinnung und den Erhalt qualifizierter Mitarbeiter aus dem Ausland zusätzlich erschweren. Zwar lehnt die AfD Forderungen nach Enteignungen und Eingriffe in Eigentumsrechte entschieden ab und versucht damit auch in der Wirtschaft „anschlussfähig“ zu erscheinen, doch beim Thema Bürokratieabbau wird die Prioritätensetzung deutlich. So schafft es die AfD einer einzigen Religion ein vollständiges Kapitel zu widmen. Für die Entbürokratisierung und die digitale Verwaltung bleibt jedoch jeweils nur ein Absatz, in dem die Flexibilisierung des Arbeitsrechts, und die Sicherstellung verlässlicher rechtlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen gefordert wird. Weitere Entlastungen für die Wirtschaft durch den gezielten Bürokratieabbau sind nicht zu finden.

Im Bereich Steuern und Finanzen ist dem grundsätzlichen Ziel, die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland zu senken und Substanzsteuern abzuschaffen, nichts entgegenzusetzen. Doch die Reformpläne zur Einkommens- und Unternehmensbesteuerung werden nicht konkretisiert. Ebenso fehlt eine Position zur Schuldenbremse. Die Forderung der AfD nach einer nationalen Digitalsteuer für Tech-Riesen bestraft dabei auch Unternehmen in Deutschland, die frühzeitig in innovative digitale Geschäftsmodelle investiert haben. Ein nationaler Alleingang bei diesem Thema bedeutet in dieser kleinteiligen Form einen Nachteil für die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb. Das dabei von der AfD kreierte Bild der unwillkommenen Großkonzerne zieht sich durchs Programm. Große Betriebe stellt die AfD als Profiteure von Steuererleichterungen und staatlichen Subventionen dar, die eine Benachteiligung des deutschen Mittelstands mit sich bringen würden.

Dieses Unternehmensbild wird auch im Kapitel zur Arbeits- und Sozialpolitik deutlich. Die AfD spricht sich für eine Beibehaltung des gesetzlichen Mindestlohns aus, da dieser die Interessen der Arbeitgeber als „starke Marktteilnehmer“ gegenüber den Niedriglohneempfängern korrigieren würde. Die damit einhergehenden Arbeitsmarkteffekte bleiben unkommentiert. Das Arbeitslosengeld I soll in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung bezogen und als Alternative zum Arbeitslosengeld II als eine „Aktivierende Grundsicherung“ eingeführt werden. Auch das Wohngeld für einkommensschwache Mieter müsse erhöht werden. In der Rentenpolitik spricht die AfD sich für eine Stärkung der umlagefinanzierten Rente aus und fordert einen höheren Steuerzuschuss in der Rentenfinanzierung. In der Sozialpolitik steht die AfD für mehr Staat.